



VORSTELLUNG DER ERSTEN HAUSHALTSANPASSUNG
25. März 2019

Oliver Paasch, Ministerpräsident

Die Regierung hat in den letzten Wochen fristgerecht die jährliche **Haushaltskontrolle abgeschlossen** und ich bin froh, Ihnen mitteilen zu können, dass wir das **Haushaltjahr 2018 mit einem Überschuss abgeschlossen** haben.

In den letzten 27 Jahren ist es der DG genau 4x gelungen, ein ausgeglichenes Haushaltsergebnis zu erzielen. Das war zwischen 2004 bis 2008.

Zum 5. Mal in unserer Geschichte haben wir im vergangenen Jahr nicht nur ein ausgeglichenes Haushaltergebnis erzielt sondern erstmals sogar einen Gewinn in Höhe von 1,1 Millionen EUR.

Der Haushaltsüberschuss wäre übrigens noch deutlich höher ausgefallen, wenn alle uns zustehenden Einnahmen fristgerecht eingetroffen wären, was leider nicht der Fall der war.

Unsere **langfristig angelegte finanzpolitische Strategie ist also vollends aufgegangen.**

Dazu beigetragen haben insbesondere die Krisendekrete der vergangenen Legislaturperiode, unsere erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen mit der föderalen Regierung zur Refinanzierung unserer Gemeinschaft, das resolute Vorziehen von Investitionen, die Umwandlung aller alternativen Finanzierungen, beachtliche Umschichtungen innerhalb unseres Haushaltes

zur Finanzierung unseres Regierungsprogramms
und nicht zuletzt
die konsequente Durchforstung der fakultativen Ausgaben.

Das war, ist und bleibt
ein komplexer und anspruchsvoller Kraftakt.

Und wir freuen uns darüber, dass wir das hinbekommen haben.

Wir freuen uns darüber,
weil die schwarze Null kein Selbstzweck ist.

Ein strukturell ausgeglichener Haushalt
schafft die Grundlage dafür,
dass kommenden Generationen
genügend finanzpolitische Spielräume zur Verfügung stehen,
um neue Herausforderungen bewältigen zu können.

Unsere Finanzpolitik erfüllt das Kriterium der Nachhaltigkeit.

Und das ist gut so.

Das ist gut für die Zukunftsperspektiven der Menschen in Ostbelgien.

Kolleginnen und Kollegen,
seit der Verabschiedung des Ursprungshaushaltes 2019
vor 4 Monaten

haben sich die **wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter empfindlich verschlechtert.**

Die zahlreichen internationalen Krisen,
der wieder erstarkende Protektionismus auf unserem Planeten
und nicht zuletzt die schwierigen Diskussionen über den BREXIT
haben leider unmittelbare Auswirkungen auf unser Land,
auf die Konjunkturprognosen
und somit auf die Einnahmen der DG.

Bereits bei der Ausarbeitung des Ursprungs Haushaltes 2019
mussten wir einen Rückgang des Wirtschaftswachstums feststellen,
damals von 1,8% auf 1,5 % für das Jahr 2018
und von 1,7 % auf 1,5% für 2019;

Seitdem ist es nur noch schlimmer geworden.

Den jüngsten Zahlen des Planbüros zufolge
betrug das Wirtschaftswachstum im Jahre 2018 nicht einmal mehr 1,5%
sondern nur 1,4 %.

Noch düsterer sind die Prognosen für 2019.

Mittlerweile geht man für das laufende Jahr nur mehr von 1,3% aus.

**Dadurch sinken naturgemäß die Einnahmen des Föderalstaates
und aller Gemeinschaften und Regionen.**

Ihnen wird vielleicht aufgefallen sein,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
dass die DG offenbar die einzige Gebietskörperschaft
mit Gesetzgebungshoheit ist,
die noch vor den Wahlen
eine Anpassung des Haushaltes 2019 vornimmt,
um dieser negativen Entwicklung Rechnung zu tragen.

Als einziger Gliedstaat in Belgien
korrigieren wir heute unsere Einnahmen nach unten.

Wir tun das,
weil wir auch kurz vor den Wahlen jenem Grundsatz treu bleiben wollen,
der unsere Finanzpolitik auszeichnet:

Wir wollen **maximale Transparenz** wagen.

Die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinschaft
haben einen **Anspruch auf Wahrhaftigkeit**;
sie haben einen Anspruch darauf zu erfahren,
wie es um ihr Steuergeld aussieht
und wofür es ausgegeben wird.

Wir wollen diesen legitimen Ansprüchen gerecht werden.

Aus demselben Grund haben wir schon vor einigen Monaten
mit dem Finanzmonitor unsere Ausgaben,

unsere Ergebnisrechnung
und unseren Schuldenstand ins Netz gestellt,
damit ein jeder unsere Finanzpolitik live mitverfolgen kann.

So etwas gibt es in dieser Form nirgendwo sonst in Europa.

Kolleginnen und Kollegen,
unsere Einnahmen sinken,
aber Sie werden den Haushaltsdokumenten entnehmen können,
dass es uns erneut gelungen ist,
diese Verluste auszugleichen.

Der Haushalt 2019 bleibt auch nach dieser 1. Anpassung ausgeglichen.

Das verdanken wir unter anderem
der schon häufig beschriebenen Durchforstung von fakultativen Ausgaben.

Diesmal haben wir bspw. Kürzungen
in den Außenbeziehungen,
im Ministerium
und bei der Öffentlichkeitsarbeit vorgenommen.

Dieser Durchforstungsprozess,
an den wir seit Jahren arbeiten,
hat es uns immer wieder ermöglicht,
innerhalb des Haushaltes

Sicherheitsreserven anzulegen
und angemessen auf negative äußere Einflüsse zu reagieren.

Ich erlaube mir deshalb,
der kommenden Regierung,
gleich wie sie zusammengesetzt sein wird,
zu empfehlen,
an dieser strengen Haushaltsdisziplin festzuhalten
und die Durchforstung nach den Wahlen weiter konsequent fortzusetzen.

Es ist nämlich alles andere als ein Zufall,
dass wir **als einzige Gemeinschaft unseres Landes**
in der Lage sind,
zum 2. Mal in Folge einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Unsere finanzpolitische Strategie war, ist und bleibt erfolgreich.

Wir sollten also in Zukunft daran festhalten.

Selbstverständlich würde ich Ihnen hierfür
auch in Zukunft gerne als Finanzminister zur Verfügung stehen ☺

Wir nutzen diese Haushaltsanpassung aber nicht nur,
um auf sinkende Einnahmen transparent zu reagieren.

Wir nutzen sie auch,
um **einige Erhöhungen** vorzunehmen

und sachpolitische Schwerpunkte unseres Regierungsprogramms zu stärken.

Für **Unterricht und Ausbildung** beispielsweise sehen wir zusätzliche Finanzmittel in Höhe von **592.000 EUR** vor.

Wir erhöhen sowohl die Mittel für das Schulpersonal als auch die Mittel für die mittelständische Ausbildung und zwar rekurrent, also jährlich wiederkehrend.

Insgesamt steht jetzt also definitiv fest:

Noch nie wurden die Mittel für Unterricht und Ausbildung innerhalb von 5 Jahren so deutlich erhöht wie in dieser Legislaturperiode.

Wir haben den jährlichen Unterrichtshaushalt seit 2014 um 22 % erhöht

– trotz weiterhin sinkender Schülerzahlen und niedriger Inflationsraten.

Wir investieren heute pro Jahr 20 Millionen EUR mehr in das Personal und die Funktionskosten des Unterrichtswesens als 2014.

20 Millionen EUR mehr ! – pro Jahr!

Alleine für das Unterrichtswesen.

Wir haben mit diesem Geld zum Beispiel die Integrationsstunden für Menschen mit einer Beeinträchtigung im Regelschulwesen um 25 % erhöht.

Das entspricht 8,5 zusätzlichen Vollzeitstellen.

Wir haben darüber hinaus mehr als 20 zusätzliche Stellen für den Einsatz von Förderpädagogen in unseren Regelschulen geschaffen, um die individuelle Förderung zu verbessern.

Wir haben zusätzliches Lehrpersonal eingestellt, um die Sprachförderung in Grund- und Sekundarschulen zu verbessern.

Wir haben das Stundenkapital der AHS um 8 Vollzeitstellen erhöht.

Wir haben 10 zusätzliche Vollzeitstellen in den Grundschulen geschaffen, um die administrative Arbeit zu erleichtern.

Mit der Einführung von Kindergartenassistenten entstehen weitere 50 zusätzliche Vollzeitstellen, um die Kindergärtnerinnen und Kindergärtner in ihrer wertvollen Arbeit zu unterstützen.

Die Mittel für die Reduzierung der Schulbesuchskosten wurden glatt verdoppelt.

Die Mittel für die Förderung kultureller Aktivitäten in unseren Schulen wurden verdreifacht.

Zur Förderung der Mehrsprachigkeit wurden ebenfalls weitreichende zusätzliche Initiativen ergriffen.

Unter anderem haben wir erstmals eine dekretale Basis für die Einrichtung von bilingualen Primarschulen geschaffen.

In Bütgenbach wurde die erste inklusive gemeinsame Grundschule Belgiens eröffnet und finanziert.

Die Mittel für die Time Out -Einrichtung wurden angehoben und gesetzlich abgesichert.

Das Kompetenzzentrum am ZFP konnte mit diesem Geld aufgewertet und dekretal verankert werden.

Die Sparmaßnahmen der vergangenen Legislaturperiode wurden früher aufgehoben als ursprünglich geplant.

Per Dekret wurden erstmals Nachteilsausgleich und Notenschutz eingeführt.

Die Investitionen in den Musikunterricht wurden erhöht.

An der AHS konnte ein Institut für Demokratieerziehung eingerichtet werden, um die politische Bildung zu verbessern.

Um nur einige Beispiele zu nennen, die zu höheren Ausgaben geführt haben.

Hinzukommt in Kürze das Sammeldekret 2019,
mit dem wir unter anderem
die bestehende Stundenkapitalregelung für das Sekundarschulwesen
verbessern werden.

Noch deutlicher schlägt
die **Aufwertung der mittelständischen Ausbildung** zu Buche.

Die Dotation des IAWM wird mit der vorliegenden Haushaltsanpassung
strukturell um 194.000 EUR angehoben.

**Insgesamt haben wir unsere jährlichen Investitionen
in die mittelständische Ausbildung seit 2014
um 38 % erhöht.**

Davon profitieren die ZAWM sehr konkret.

Neue Ausbildungsmöglichkeiten wurden geschaffen.

Zahlreiche innovative Projekte konnten auf den Weg gebracht werden.

Man denke nur an die Lernstanderhebungen,
die Schaffung der Anlehre,
neue Interregprojekte,
duale Bachelorstudiengänge
oder auch an die Lehre über 29.

Für den **Sozialbereich**

sehen wir mit dieser Haushaltsanpassung ebenfalls einige Erhöhungen.

Vor allem zugunsten der **Jugendhilfe** und des **BTZ**.

Somit steht auch für den Sozialbereich am Ende dieser Legislaturperiode fest:

Noch nie in der Geschichte unserer Gemeinschaft wurden die Finanzmittel für die Familien-, Senioren, Behinderten- und Sozialpolitik so konsequent erhöht wie in dieser Legislaturperiode.

Der jährliche Haushalt für diese Bereiche wurde seit 2015 um 13,2 Millionen erhöht.

Wir investieren heute 13,2 Millionen EUR mehr in Familien, Senioren und Menschen mit einer Beeinträchtigung als zu Beginn dieser Legislaturperiode.

Das entspricht einer Steigerungsrate von 15,6 %.

Mittlerweile werden 3.560 Kinder in Kinderkrippen, bei Tagesmüttern und der AUBE betreut.

Die Gehälter von Kinderbetreuern, Familien- und Seniorenhelfern wurden vor kurzem um bis zu 21% angehoben.

Alleine diese Maßnahmen kostet uns 710.000 EUR pro Jahr.

Gleichzeitig wurden der KPVDB zusätzliche Mittel gewährt, um die Ausbildungsangebote für Kinderbetreuer zu erweitern.

Seit dem 08.02.2019 zahlen wir zudem das erhöhte Kindergeld aus.

Wir sind bekanntlich die einzige Gemeinschaft unseres Landes, die mehr Geld in das Kindergeld investiert als sie vom Föderalstaat dafür erhält.

Das neue Kindergeldsystem wurde von den Sozialpartnern ausdrücklich für gut befunden.

Der unabhängige Bund der Familien hat sogar festgestellt, dass unser neues Kindergeldsystem das „grosszügigste“ und das „kinderfreundlichste“ in ganz Belgien ist.

Wir haben gerade in den letzten Jahren wahrlich große Anstrengungen unternommen, um einerseits die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und andererseits Kinderarmut zu verhindern.

Wir erreichen heute die höchste Kleinkindbetreuungsquote in Belgien.

Aber wir geben allen recht, die darauf hinweisen, dass das noch nicht ausreicht.

Deshalb haben wir für die Verbesserung der Kinderbetreuung

einen Masterplan ausgearbeitet,
um innerhalb weniger Jahre den Bedarf zu 100 % abzudecken.

Wir haben den Ehrgeiz,
zu einer Modellregion im Bereich der Kleinkindbetreuung zu werden.

Unser Masterplan,
der mit den Verantwortlichen vor Ort
in einem breiten Dialog erarbeitet wurde,
zeigt präzise auf,
mit welchen Maßnahmen
wir dieses Ziel erreichen werden.

Ähnlich groß sind unsere Anstrengungen in der **Seniorenpolitik**.

Wir wollen,
dass alle Seniorinnen und Senioren
selbstbestimmt und in Würde altern können.

Deshalb haben wir die Mittel für häusliche Hilfen
in den letzten 5 Jahren
bereits um 40% erhöht.

Die Anzahl der Alten- und Pflegewohnheimplätze wurde um 15 % gesteigert.

Die Anzahl betreuter Wohnungen wurde in dieser Legislaturperiode verdoppelt.

Neue alternative Wohnformen wurden auf den Weg gebracht;
neue Projekte des intergenerationellen Lebens und Lernens gefördert.

**Alleine für die Renovierung und den Ausbau
von Alten- und Pflegeheimen
haben wir seit 2014
Zuschüsse in Höhe von knapp 10 Millionen EUR gewährt.**

**Aber nein,
auch das reicht alles noch nicht aus.**

Ähnlich wie für die Kleinkindbetreuung
haben wir auch im Seniorenbereich
den Anspruch,
den Bedarf zu 100 % zu erfüllen.

Dieses Ziel zu erreichen,
ist in der Praxis gar nicht so einfach.

Für den Ausbau von Alten- und Pflegeheimen
müssen z.B. Träger gefunden werden,
die bereit und in der Lage sind,
zusätzliche Plätze zu schaffen.

Umso mehr freut uns die Dynamik der Interkommunale VIVIAS.

Nachdem die Erweiterung in Bütgenbach abgeschlossen wurde,
hat man nun ein äußerst interessantes und innovatives Projekt für St.Vith
auf den Weg gebracht.

Wir sind weiterhin bereit,

diesen Weg mitzugehen
und den Bau eines neuen und erweiterten Alten- und Pflegewohnheims
in St.Vith zu unterstützen.

Und wir sind darüber hinaus gerne bereit
zusätzliche Plätze zu finanzieren und entsprechende Anträge zu genehmigen.

Genauso wie wir an unserer **Bereitschaft** festhalten,
die **Gehälter in den Alten- und Pflegewohnheimen spürbar anzuheben.**

Wir haben diese Zuständigkeit am 01. Januar 2019 übernommen
und sofort Verhandlungen zur Aufwertung der Gehälter angeboten,
obwohl wir hierfür kein Geld vom Föderalstaat bekommen.

Die Verhandlungen mit den Sozialpartnern sind in vollem Gange.

Wir hoffen noch in dieser Legislaturperiode zu einer Einigung zu gelangen.

Das gilt im Übrigen sowohl für den gesamten nicht kommerziellen Sektor
(NKS)

als auch für das Unterrichtswesen
und den von der DG abhängigen öffentlichen Dienst.

In all diesen Bereichen finden derzeit Verhandlungen statt.

Wir haben den Sozialpartnern all dieser Sektoren
einen progressiv steigenden rekurrenten Finanzrahmen
von mehr als **5 Millionen EUR** angeboten,
um die angestrebten Aufwertungen finanzieren zu können.

**Mehr als 5 Millionen EUR für ein neues Sektorenabkommen
und ein neues Abkommen im NKS,
soviel hat es noch nie zuvor gegeben.**

Das ist mit sehr großem Abstand die höchste Summe,
die den Sozialpartnern jemals für solche Abkommen angeboten wurden.

Daran können Sie erkennen,
dass wir fest entschlossen sind,
unseren Worten aus der Regierungserklärung vom September 2018
Taten folgen zu lassen.

Zum Vergleich :
in das letzte Abkommen,
das wir für den Zeitraum 2016-2019
mit dem NKS vereinbart hatten,
haben wir rekurrent 500.000 EUR investiert.

Und schon damals waren wir die Einzigen in Belgien,
denen es gelungen ist,
überhaupt ein Abkommen mit dem NKS zu schließen.

In den anderen Landesteilen hat es für den NKS gar keine Aufwertung gegeben.

Dort wurden mitunter sogar Kürzungen um bis zu 10 % vorgenommen.

Heute bieten wir dem NKS,

**dem Unterrichtswesen und dem öffentlichen Dienst
rekurrent 5 Millionen EUR an.**

Wir haben also guten Grund zur Zuversicht,
dass man unsere Angebote annehmen wird.

Ob dem am Ende tatsächlich so sein wird,
bleibt abzuwarten.

Für die anderen Zuständigkeitsbereiche unserer Gemeinschaft,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sieht diese Haushaltsanpassung nur geringfügige Veränderungen vor.

Das bedeutet aber natürlich nicht,
dass in diesen Bereichen nichts geschehen wäre.

Im Gegenteil.

Ich erinnere zum Beispiel an die grundlegende Arbeitsmarktreform,
die wir hier beschlossen haben.

Die Arbeitslosenzahlen sind in den letzten Jahren drastisch gesunken.

Wir haben heute die niedrigste Arbeitslosigkeit in Belgien.

Aber darauf dürfen wir uns jetzt nicht ausruhen.

Unser Ziel muss weiterhin sein,
arbeitssuchende Menschen schneller in Arbeit zu bringen
und gegen den Fachkräftemangel anzukämpfen.

Das neu geschaffene Bündnis zur Fachkräftesicherung
und die neuen Anreize der reformierten Zielgruppenpolitik
werden uns dabei helfen.

Ich erinnere auch daran,
dass wir die Straßenbaudotation für unsere Gemeinden
in dieser Legislaturperiode
um 73 % auf 2.250.000 EUR erhöht haben.

Ich erinnere daran,
dass wir den Kulturhaushalt
seit Verabschiedung des neuen Kulturförderdekrets
um 81 % erhöht haben
und die Zufriedenheit der Bevölkerung
mit dem kulturellen Angebot in Ostbelgien
seitdem deutlich gestiegen ist.

Ich erinnere daran,
dass wir den Sporthaushalt seit 2014 glatt verdoppelt haben.

Oder auch an unsere Investitionen in die Tourismusinfrastruktur,
um Ostbelgien als Rad-, Wander- und Genussregion zu positionieren.

Die Anzahl Touristen nimmt deutlich zu.

Mit 400.000 Übernachtungen pro Jahr
haben wir zuletzt einen absoluten Rekordwert erreicht.

Um nur einige Beispiele zu nennen.

Insgesamt haben wir in dieser Legislaturperiode 78,5 Millionen EUR in Infrastruktur investiert,
vorwiegend in Schulen, Altenheime und Krankenhäuser.

Mit diesen 78,5 Millionen EUR haben wir
innerhalb einer einzigen Legislaturperiode
auf unserem Gebiet **580 Infrastrukturprojekte** ermöglicht,
die ganz eindeutig zur Verbesserung der Lebensqualität in unserer Heimat
beitragen.

78,5 Millionen EUR,
das ist,
wenn ich vom 1. Schulbauprogramm absehe,
ebenfalls ein Rekordwert.

Vom 1. PPP-Projekt abgesehen,
hat die Gemeinschaft noch nie innerhalb einer Legislaturperiode
so viel in Infrastrukturen investiert.

Mit dieser Haushaltanpassung werden dem Infrastrukturplan 2019
19 Projekte mit einem Zuschussvolumen
von knapp 2,5 Millionen EUR
hinzugefügt.

Dazu gehören:

Umbauarbeiten am Gebäude Kaperberg 6
(insbesondere für die Familienzulagenkasse),
die Erneuerung der Elektroinstallation im Pfarrhaus Büllingen,
Arbeiten an der Kirche in Thommen,
eine Dachsanierung in der MG St.Vith,
Verkehrssicherheitsmaßnahmen am ZFP,
Reparaturarbeiten am KAS,
die Erstausrüstung der Musikakademie,
die Erneuerung der Saalküche in der Hubertushalle Lontzen,
die Flutlichtanlage des KFC Amel,
die Erneuerung des Heizkessels in der Sporthalle Manderfeld,
die Restaurierung von Kirchenfenstern in der Kapelle Iveldingen
und Instandsetzungsarbeiten in der St Josef Kirche Eupen.

Kolleginnen und Kollegen,

meine Redezeit ist heute begrenzter
als bei Haushaltsvorstellungen üblich.

Deshalb fasse ich mich kurz.

Für inhaltliche Zukunftsdiskussionen
wird unsere Regierungserklärung zum REK III
im April bzw. im Mai ohnehin
noch genügend Raum bieten.

Schlussfolgernd kann man nach dieser Haushaltsanpassung festhalten:

Als einzige Gemeinschaft in Belgien
hinterlegen wir heute eine Haushaltsanpassung,
um den gesunkenen Einnahmen noch vor den Wahlen Rechnung zu tragen.

Es ist uns gelungen,
die Mindereinnahmen auszugleichen
und gleichzeitig,
da wo uns das notwendig erschien,
Erhöhungen vorzusehen.

Davon profitieren insbesondere das Unterrichtswesen,
die mittelständische Ausbildung
und die Jugendhilfe

Als einzige Gemeinschaft in Belgien
haben wir zum 2. Mal in Folge einen ausgeglichenen Haushalt hinterlegt.

Zum ersten Mal haben wir im vergangenen Jahr
sogar einen Haushaltsüberschuss erzielt.

Gleichzeitig ist es gelungen,
die Schwerpunkte unseres Regierungsprogramms zu finanzieren.

Die Bereiche Bildung, Familie, Senioren und Soziales
wurden in dieser Legislaturperiode
in einem bislang nie gekannten Ausmaß aufgewertet.

Für Familie, Senioren und Soziales geben wir heute
13,2 Millionen EUR
mehr aus als 2015.

Für das Unterrichtswesen geben wir heute sogar 20 Millionen EUR mehr aus
als zu Beginn dieser Legislaturperiode,

obwohl die Schülerzahlen im selben Zeitraum nicht gestiegen sondern gesunken sind.

Mittlerweile investieren wir 76 % unserer laufenden Ausgaben in die Bereiche Bildung, Beschäftigung, Familie, Senioren und Soziales.

An den inhaltlichen Schwerpunkten der Regierung kann also nicht der geringste Zweifel aufkommen.

Trotz sinkender Einnahmen bleiben die **Handlungsspielräume** für die kommende Legislaturperiode nahezu unverändert.

Für neue laufende, jährlich wiederkehrend Ausgaben stehen bis 2024 10,3 Millionen EUR zur Verfügung;

Für neue Investitionen in Infrastrukturprojekte stehen 50 Millionen EUR zur Verfügung.

Für neue Investitionen in Ausstattungen sieht die Finanzplanung weitere 10,6 Millionen EUR vor.

Hinzu kommt das 2. PPP-Projekt, das derzeit vorbereitet wird.

Wir hatten Ihnen eine Legislaturperiode mit großen Reformen und Weichenstellungen versprochen.

Wir haben Wort gehalten.

Wir sind noch nicht überall am Ziel. Keine Frage. Vieles bleibt noch zu tun.

Aber wir sind auf dem richtigen Weg.

Und vor allem,

wir wissen wo wir hinwollen

und wie wir unsere Ziele erreichen können.